107. 1. Welches ist der begriffliche Unterschied zwischen einem Bevollmächtigten und einem Boten, Vermittler u. dgl.?

2. Ist der Handlungsagent, insbesondere der Versicherungsagent, dem die Entgegennahme oder Einziehung von Geldern für den Auftraggeber übertragen ist, insoweit als Bevollmächtigter anzusehen?

3. Wird in einem solchen Falle seine Eigenschaft als Bevollmächtigter dadurch ausgeschlossen, daß ihm eigene Quittungsleistung sowie Bewilligung von Stundung oder Teilzahlung untersagt ist?

St.G.B. § 266 Abs. 1 Nr. 2.

H.G.B. § 1 Nr. 7. §§ 54. 55. 84—87.

V. Straffenat. Ur. v. 10. Juni 1910 g. Nr. V 256/10.

I. Landgericht Essen.

Gründe:

Die Prüfung des angefochtenen Urteils hat einen Rechtsirrtum bei Anwendung des Strafgesetzes nicht ergeben.

Insbesondere erweckt die Annahme der Strafkammer, daß der Angeklagte als Bevollmächtigter „der Baseler Versicherungs-gesellschaft gegen Feuer-schaden“ anzusehen war, keine Rechtsbedenken. Sie steht

¹ Vgl. auch Entsch. in Straff. Bd. 43 S. 250.

namentlich mit den Grundsätzen nicht in Widerspruch, die in dem Urteile des Reichsgerichts (Entsch. in Straff. Bd. 42 S. 211), entwickelt sind. Soweit es sich um den Begriff des Bevollmächtigten handelt, geht dieses Urteil von derselben Rechtsauffassung aus, wie eine Reihe früherer Entscheidungen des Reichsgerichts. Danach ist als das Wesen eines Bevollmächtigten im Sinne des § 266 Abs. 1 Nr. 2 St.G.B.'s stets angesehen, daß der als solcher in Frage kommende mit der Vornahme von Rechtsgeschäften für einen andern betraut und ihm eine rechtliche Verfügungsgewalt an Stelle dieses andern eingeräumt ist.

Vgl. Entsch. in Straff. Bd. 7 S. 377; Bd. 11 S. 241 (243); Bd. 15 S. 41; Bd. 26 S. 230.

Das Entscheidende ist hierbei, daß der Bevollmächtigte eine rechtsgeschäftliche Selbsttätigkeit auszuüben hat und ausübt. Darin liegt das begriffliche Unterscheidungsmerkmal gegenüber solchen Personen, die wie bloße Vermittler, Boten und dergl. zwar zur Mitwirkung bei der Vornahme von Rechtsgeschäften berufen sein können, die Stellung eines Bevollmächtigten aber nicht haben. In der Regel können die Beteiligten zum Abschlusse wie zur Vollziehung von Rechtsgeschäften die Tätigkeit von Beauftragten sei es als Bevollmächtigten, sei es als Personen der letztbezeichneten Art in Anspruch nehmen. Namentlich ist es rechtlich ebenso wohl möglich, ein Zahlungsgeschäft durch einen Bevollmächtigten, als durch einen Boten zur Erledigung zu bringen. Dem Gegenstande des Auftrags, als der Erledigung eines Rechtsgeschäfts, ist daher allein noch nicht mit Sicherheit zu entnehmen, ob es sich um die Tätigkeit eines Bevollmächtigten oder um die eines Boten handelt. Vielmehr hängt die Entscheidung der Frage, ob das eine oder das andere zutrifft, davon ab, in welchem Sinn'e der Auftrag erteilt ist. War dieser nach seinem — objektiv festzustellenden — Inhalte nur darauf gerichtet, daß der Beauftragte bei der Vornahme des betreffenden Rechtsgeschäfts bloß tatsächliche, rein mechanische Dienste verrichtete, wie die Überbringung rechtsgeschäftlicher Schriftstücke, die Abholung oder Entgegennahme von Gegenständen oder Geld für den Auftraggeber, daß er insbesondere Willenserklärungen des Auftraggebers lediglich als solche, d. h. als dessen eigene übermittelte, so liegt keine Bevollmächtigung vor. Der Begriff des Bevollmächtigten wird m. a. W.

in solchen Fällen nicht dadurch erfüllt, daß die Handlungen des Beauftragten Rechtswirkungen haben und haben sollen, und daß sich der Beauftragte dessen gegebenenfalls bewußt ist.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Zivilf. Bd. 9 S. 346 (348), Goldb.'s Arch. Bd. 50 S. 288; Rechtspr. des R.G.'s in Straff. Bd. 9 S. 200.

Ob ein Vollmachtsverhältnis oder nur eine tatsächliche Mitwirkung der vorbezeichneten Art anzunehmen ist, läßt sich mithin nur nach der Art, wie der Auftrag gegeben ist, und insofern nur nach den Umständen des Einzelfalls beurteilen.

Der Angeklagte ist als Agent der genannten Versicherungsgesellschaft Handlungsagent im Sinne des Handelsgesetzbuchs. Für Handlungsagenten aber gilt jedenfalls die gesetzliche Regel, daß sie, wenn ihnen zur Annahme von Zahlungen für den Geschäftsherrn die Ermächtigung erteilt ist, Bevollmächtigte, keine bloßen Boten u. dgl. sind. Dies ergibt sich aus dem Zusammenhang und einer Gegenüberstellung der hierfür in Betracht kommenden Gesetzesvorschriften.

Nach besonderer gesetzlicher Bestimmung finden auf Handlungsbevollmächtigte, die im Sinne des § 55 H.G.B.'s als Handlungsreisende tätig sind, die Vorschriften des § 54 daf. Anwendung. Die dort vorausgesetzte Ermächtigung ist ausdrücklich als Vollmacht (Handlungsvollmacht) zur Vornahme der ebenda erwähnten Geschäfte und Rechtshandlungen gekennzeichnet. Dies gilt für Handlungsreisende der erwähnten Art, gleichviel ob sie sich gegenüber dem Geschäftsherrn in einem Abhängigkeitsverhältnis als Handlungsgehilfen befinden oder ob sie im Sinne der § 1 Nr. 7, §§ 84, 87 H.G.B.'s als Handlungsagenten selbständige Kaufleute sind. Mit Bezug auf diese Reisenden ist unterschiedslos bestimmt, daß sie insbesondere als ermächtigt gelten, den Kaufpreis aus den von ihnen abgeschlossenen Verkäufen einzuziehen. Danach ist vom Gesetze die Ermächtigung zur Einziehung der bezeichneten Geldbeträge ganz unzweideutig als Teil ihrer Handlungsvollmacht angesehen und behandelt, so daß sich ihre hierauf bezügliche Tätigkeit im Sinne des Gesetzes als die eines Bevollmächtigten darstellt. Dieser Gesetzesvorschrift gegenüber steht die für Handlungsagenten gegebene Sonderbestimmung des § 86 H.G.B.'s. Danach sind Handlungsagenten „zur Annahme von Zahlungen für ihren Geschäftsherrn“ nicht befugt, außer wenn ihnen „die Ermächtigung dazu besonders erteilt ist.“ Dies gilt ohne Rück-

sicht darauf, ob sie bloße Vermittlungsagenten oder auch Abschlußagenten sind, ob sie also, wie in dem letztbezeichneten Falle, Abschlußvollmacht und insoweit ohnehin schon die Stellung eines Bevollmächtigten haben, oder nicht. Damit ist unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß den Handlungsagenten als sog. Platzagenten im Gegensatz zu den Handlungsreisenden die diesen zustehende Vollmacht zum Zahlungsempfange an sich fehlt, und daß sie sie nur haben sollen, wenn ihnen die erwähnte Ermächtigung besonders erteilt ist. Hiernach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das Gesetz selbst die besonders erteilte Ermächtigung zum Zahlungsempfang als die den Agenten sonst fehlende Bevollmächtigung zur Annahme der Zahlungen betrachtet, die Handlungsagenten also unter Voraussetzung einer solchen Ermächtigung insoweit als Bevollmächtigte. Dies hat auch seinen guten inneren Grund. Denn wenn der Geschäftsherr, wie in der Ermächtigung zum Ausdruck gelangt, dem Agenten das Vertrauen schenkt, überhaupt Geld für ihn in Besitz zu nehmen, zu verwahren und an ihn abzuschicken, und wenn er ihm andererseits sei es auch nur als Vermittlungsagenten, eine mehr oder minder umfassende, eigenes Urteil und eigene Entschließung erfordernde Verwaltungstätigkeit überträgt, so wird in der Regel keinerlei vernünftiger Anlaß vorliegen, ihm hinsichtlich des Zahlungsempfanges nur eine rein mechanische Botentätigkeit zuzuweisen.

Die Vorschriften des Gesetzes sind allerdings nicht zwingenden Rechtes, können vielmehr durch Abreden der Beteiligten geändert werden; insbesondere würde für den Geschäftsherrn rechtlich an sich kein Hindernis bestehen, den Agenten bei der Zahlungserhebung nur als Boten zu verwenden. Allein nach der geschilderten Sach- und Rechtslage wird sich dies doch immer nur bei besonderer Gestaltung der Verhältnisse als ausnahmsweise Willensmeinung der Beteiligten, insbesondere des Geschäftsherrn, annehmen lassen.

Solche besondere Verhältnisse hat die Strafkammer hier nicht für nachgewiesen erachtet. Sie stellt vielmehr schlechthin fest, daß dem Angeklagten, „wenn auch innerhalb bestimmter vorgeschriebener Grenzen“ neben seiner Tätigkeit als Vermittlungsagent aufgetragen war, „im Namen der Gesellschaft das Zahlungsgeschäft mit den Versicherten vorzunehmen.“ Nach dem Zusammenhange der Urteilsausführungen kann dies nur dahin verstanden werden, daß er in

dieser Weise das gesamte Zahlungsgeschäft, soweit es nach dem bestehenden Anstellungsverhältnis örtlich und sachlich in seinen Agenturbereich fiel, zu erledigen hatte. Hiermit bringt die Strafkammer unzweideutig zum Ausdruck, daß er nach ihrer Auffassung zur Erledigung des Zahlungsgeschäfts bevollmächtigt, sog. Inkassomandatar der Gesellschaft war, wie ihm, nach der Ausdrucksweise des Urteils, auch später „das Inkasso“ wieder entzogen wurde. Andererseits schließen die im Urteile bezeichneten „Grenzen“ des Auftrags dessen Eigenschaft als einer Bevollmächtigung keineswegs mit rechtlicher Notwendigkeit aus. Ausstellung einer Quittung oder Erteilung eines sonstigen Zahlungsausweises gehören an sich nicht zum Wesen einer Zahlung. Ebensowenig ist es für die Abwicklung des Zahlungsgeschäfts von Wesentlichkeit, daß im Einzelfalle Stundung oder Teilzahlung bewilligt wird. Deshalb ist es auch kein Begriffserfordernis für eine Bevollmächtigung zur Erledigung von Zahlungsgeschäften, daß der Beauftragte ermächtigt wird, als Vertreter seines Auftraggebers selbst Quittungen auszustellen, oder daß ihm Befugnisse der erwähnten Art eingeräumt werden. Der Umstand, daß letzteres hier nach dem Urteilsinhalte nicht geschehen sein soll, und daß der Angeklagte eben danach eintretendenfalls nur die eigenen Quittungserklärungen des Auftraggebers auszuhändigen hatte, zwingt mithin nicht zu der rechtlichen Folgerung, daß der Angeklagte bei der Erledigung des Zahlungsgeschäfts nur tatsächliche Dienste leisten sollte, nur Bote seines Auftraggebers war.

Hierzu kommt, daß Angeklagter, wie im Urteile festgestellt ist, nach Maßgabe der darin erwähnten Instruktion mit den eingehenden Geldern eine besondere (Agentur-)Kasse anzulegen und zu halten hatte. Da von weitergehenden, als den im Urteile besonders hervorgehobenen Beschränkungen nirgends etwas ersichtlich ist, muß als Annahme der Strafkammer betrachtet werden, daß der Angeklagte ermächtigt war, zum Zwecke der Abwicklung der einzelnen Zahlungsgeschäfte auch über den jeweiligen Kassenbestand zu verfügen, insbesondere also der Kasse eintretendenfalls die zum Wechseln erforderlichen Gelder zu entnehmen und an die Zahlenden auszuhändigen, d. h. für den Auftraggeber mit den Kassengeldern das Wechselgeschäft vorzunehmen. Er würde danach insbesondere auch für befugt zu erachten sein, bei nachweisbaren Irrtümern, die ihm hierbei etwa zum Vorteile des Auf-

traggebers untergelaufen wären, die Kassenbeträge zur Berichtigung von dessen Schuld zu benutzen, d. h. dem Zahlenden den zuviel vereinnahmten Betrag aus der Kasse zu erstatten. Der Auftrag umfaßt hiernach inhalts der Urteilsfeststellungen jedenfalls insoweit auch die Einräumung einer rechtlichen Verfügungsgewalt über Vermögensstücke des Auftraggebers an dessen Stelle.

Bei dieser Sachlage kann daher ganz auf sich beruhen bleiben, ob der Versicherungsagent zur Einziehung von Prämien schon nach allgemeinem Handelsgebrauch als ermächtigt, d. h. als bevollmächtigt zu gelten hätte.

Entsch. des R.D.G.'s Bd. 19 S. 418; Entsch. des R.M.G.'s Bd. 3 S. 21.

Die Beurteilung des Angeklagten wegen Untreue gibt in diesen Erwägungen zu Rechtsbedenken keinen Anlaß.